

Liebe Leserinnen und Leser,

der Gegensatz von Vernunft und Interesse wird häufig unterschätzt, gehört er doch zu wichtigsten Widersprüchen, die politisches Handeln seit jeher durchziehen. Heute verkörpern ihn die stark idealisierte Figur des Experten¹ einerseits und die reale Erscheinung der politischen Parteien andererseits. Die Parteien stehen für das Interesse und den Klientelismus. Der Experte steht für eine pragmatische, auf die Dinge angewendete Vernunft, für die beharrliche Orientierung an der Sache. Die Sachgebundenheit ihres Wirkens verleiht ihnen Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Gleichzeitig zeichnen sich Ansehensverluste ab, denn durch die Omnipräsenz der Experten in den Medien wird man täglich Zeuge ihrer Uneinigkeit. Weiterhin haben sie als Prognoseinstanz etwa bei der Vorhersage großer Krisen bislang kaum funktioniert. Wenn auch häufig zu Unrecht, es breitet sich Misstrauen gegenüber der Verlässlichkeit von Expertenwissen aus, zumal unklar scheint, wer eigentlich Experte für welche Fragestellung ist.

Expertise liegt vor, wenn Wissen und Fähigkeiten ausgewiesen sind, etwa Universitätsabschlüsse, anerkannte wissenschaftliche Forschungsergebnisse oder auch berufliche Erfahrungen. Expertise ist unerlässlich in einer Wissensgesellschaft, gleichsam die zentrale Ressource, die zudem „erneuerbar“ ist und erhebliche Anstrengungen für die Bildungssysteme und alle pädagogischen Einrichtungen erforderlich macht.

Zudem ist ein Diskurs um die „Demokratie des Wissens“ begonnen worden: *„Das Charakteristikum einer Demokratie des Wissens (...) besteht in der rapiden Zunahme der sich (...) eröffnenden Möglichkeiten, (...) auszuwählen, zu entscheiden. (...) Einzelpersonen stehen ebenso wie ganze Gesellschaften vor dem Problem, mit dieser Explosion sich bietender Möglichkeiten in ihren unterschiedlichen Formen umzugehen (einem Überschuss an Informationen, der Pluralität von Meinungen, einander widerstrebenden Legitimationsanforderungen, der Vervielfältigung von Handlungsoptionen und einer Vermehrung der Risiken, Innovationen mit unbekanntem Folgen (...). Kurz, die wichtigste Herausforderung für Subjekte, Organisationen und die Gesellschaft insgesamt besteht in einer gerechten und intelligenten Steuerung dieser unkalkulierbaren Ausweitung von Möglichkeiten“* (Innertat, Daniel: *Demokra-*

tie des Wissens, 2013 vgl. Buchtipp S. 47). Die Frage nach den Formen politischen Einflusses wissenschaftlicher Experten und ihrer Effektivität kann an dieser Stelle nicht umfassend erörtert und geklärt werden. Nur so viel: Bei der Entscheidungsfindung ist Expertise unverzichtbar. Allerdings beherrschen Wissenschaftler das Handwerk der Entscheidung nicht. Sie werden zur Einsicht „erzogen“, dass die Gegenposition vielleicht doch richtig ist ... Entscheidungsfindung ist Aufgabe der Politik und ihrer Meinungsbildungsprozesse und sollte auch nicht der Wissenschaft zugemutet werden. Einzelne Experten oder ganze Sachverständigenkommissionen können beraten, sollen aber nicht entscheiden. Von den entscheidungsverantwortlichen Politikern ist wiederum zu verlangen, dass sie ihre Entscheidungen begründen, insbesondere welchen Sachverstand sie einbeziehen, welche Argumente sie berücksichtigen, warum sie zuweilen entgegen wissenschaftlicher Expertise und Ratschläge entscheiden, wie sie die Vielzahl der Optionen mit ihren Begründungen gegeneinander abwägen und zur Entscheidung kommen (Transparenz).

Der Bogen zum Motto des **19. Präventionstages (DPT)** in Hannover ist gespannt: *„Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft.“* In ihrem Expertengutachten stellt *Wiebke Steffen* fest: *„Im letzten Vierteljahrhundert ist Kriminalprävention in Deutschland in vielfältiger Weise aufgebaut und etabliert worden: Inzwischen ist ein neues Handlungs- und Politikfeld entstanden.“* Identifiziert werden die Bedarfe nach einer *Präventionspolitik*, die notwendige Rahmenbedingungen schafft und die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen müsse. Die *Präventionswissenschaft* habe eine doppelte Rolle sowohl als Beraterin bei der Planung, Umsetzung und Verbreitung präventiver Konzepte und Programme als auch zur Vorbereitung von Politikentscheidungen. Die *Präventionspraxis* brauche die Unterstützung von Experten und Politik, gleichwohl sie sich auch bei manchmal schlechten Rahmenbedingungen fortentwickeln konnte und werde.

Das DPT-Gutachten ist eine umfassende – außerordentlich sachkundige – Analyse der (kriminal)präventiven Handlungsebenen, ihrer ebenenspezifischen Akteure und der vielfältigen Interdependenzen zwischen Handlungsebenen, -feldern und -akteuren. Wie das Ineinandergreifen tatsächlich im Sinne verständiger Kooperationen verbessert werden könnte und sollte, müsste noch ergänzend untersucht werden. Voraussetzungen werden für

die Bundesebene benannt und die Schaffung eines *Nationalen Präventionszentrums* mit Bezug auf die Empfehlung einer renommierten Expertenkommission im Rahmen des von der Bundeskanzlerin gesteuerten *„Dialogs über Deutschlands Zukunft“* angeregt. Bei der Ausgestaltung sollte neben der konkreten Aufgabenbeschreibung und -abgrenzung m. E. insbesondere darauf geachtet werden, die Arbeitsebene personell hervorragend qualifiziert und in angemessener Größenordnung auszustatten.

Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe werden Sie zunächst über das neue Webportal *„Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“* informiert, das zeitgleich mit dem DPT online-geschaltet ist und dort präsentiert wird. Das Portal ist Beispiel für die Kooperation von Wissenschaft und Wissenstransferebene sowie für das Zusammenwirken von Bundes- und Landesebene bei der konzeptionellen und handwerklichen Umsetzung. Wie sich das Handlungsfeld der Gewaltprävention entwickelt, stellen weitere Beiträge dar, insbesondere wird den wichtigen Fragen zu Implementierung und Kooperation nachgegangen.

Zuletzt die Bitte an alle Präventionspartner und -aktivisten, ihre Kooperationsbereitschaft nicht vor dem Hintergrund einer definitorischen Kontroverse einzuschränken: Es gibt gute Gründe, Kriminalprävention im engeren Sinn als unmittelbare Verhütung von Straftaten zu definieren (vgl. Gutachten 2014, Kap. 1.1) und das Handlungsspektrum entsprechend zu begrenzen. Es gibt ebenso so gute Gründe, die Perspektiven von Förderung, Hilfe und Prävention zu verknüpfen. Die positive Gestaltung von Lebenswelten ist entscheidende Voraussetzung für eine kriminalitätsarme Gesellschaft und gehört in die Politikfelder „Soziales“ oder „Jugend“ aber auch in das aktuell ausgerufenen Politikfeld „Kriminalprävention“, gerne mit einer anderen Etikettierung: *„Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“* ist ein Verknüpfungsbeispiel und ein Signal dahingehend, Überschneidungen und Vermischungen weniger zu problematisieren als vielmehr unbefangen zu gestalten, gerade um Generalverdachte und Stigmatisierungen zu vermeiden.

Ich wünsche allen DPT-Teilnehmern ein wachsaues, engagiertes Mitmachen sowie parallel und danach eine förderliche Lektüre, die Sie wie immer bei Ihrer Präventionsarbeit motivieren und unterstützen soll.

Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl

¹ Gemeint sind hier und ff. selbstverständlich Expertinnen und Experten